

# Marktmeteraphoriken in Krisennarrativen von Angela Merkel

*Stephan Pühringer*

## *1 Einleitung<sup>1</sup>*

Mittlerweile fast sechs Jahren befindet sich Europa in einer massiven und tiefgreifenden Wirtschaftskrise, die sich vor allem auf den Arbeitsmärkten als persistent erweist und soziale Disparitäten auf nationaler, vor allem aber auch EU-weiter Ebene forciert. Nach einer kurzen Phase kritischer Auseinandersetzungen mit den Ursachen der Krise auf den Finanzmärkten kam es vor allem in der öffentlichen wirtschaftspolitischen Debatte zu einer Fokussierung auf die Höhe der Staatsschulden. Im Prozess der diskursiven Umdeutung der Finanz- und Wirtschaftskrise in eine Staatsschuldenkrise war eine Moralisierung der Debatte zu konstatieren, die „Schulden-Machen“ per se ins Zentrum der Kritik rückte.

Die dieser Vorstellung zugrundeliegende Gleichsetzung individuellen wirtschaftlichen Handelns mit makroökonomischen Entwicklungen der Staatshaushalte dient als Grundlage für den moralischen Appell an „Sparsames Haushalten“. Dieser Appell wiederum wurde in der öffentlichen wirtschaftspolitischen Debatte an einzelne BürgerInnen, wirtschaftliche AkteurInnen, Nationalbanken und Staaten gerichtet; ungeachtet deren institutioneller Besonderheiten oder funktionaler Differenzen.

Auf realpolitischer Ebene basieren sowohl die Austeritätsprogramme, die südeuropäischen Staaten auferlegt wurden, wie auch die Entwicklung

<sup>1</sup> Ich danke den TeilnehmerInnen der Tagung „Markt! Welcher Markt? Der interdisziplinäre Diskurs um Märkte und Marktwirtschaft“ im Winter 2014 in Linz sowie den TeilnehmerInnen der „1st Vienna Conference on Pluralism in Economics“ im Frühjahr 2015 in Wien für anregende Diskussionen zu diesem Beitrag. Teile dieses Beitrags basieren auf einem ausführlicheren Artikel mit dem Titel „markets as ‘ultimate judges’ of economic policies“, der in der Zeitschrift „On the Horizon. Special Issue on Language and Economics, Vol. 23(3)“ erschienen ist.

der EU-Krisenpolitik mit dem Europäischen Semester, Sixpack und dem Fiskalpakt seit 2010 auf der Überzeugung eines kausalen Zusammenhangs der Finanz- und Wirtschaftskrise mit zu hohen Staatsschulden. Während das Europäische Semester eine Vorabprüfung nationaler Budgets durch die EU Kommission vorsah, wurden im Six Pack und dem Fiskalpakt nationale „Schuldenbremsen“ und automatische Sanktionsmechanismen bei Überschreitung eines strukturellen Defizits von 0,5% des BIP festgeschrieben. Implizit kommt es in diesem Prozess zu einer Einschränkung politischer Handlungsspielräume für einzelne Staaten und einem Abbau demokratischer Kontrollinstanzen. Dieser Intention folgend formulierte Angela Merkel in einer Pressekonferenz im September 2011:

„Wir leben ja in einer Demokratie (...) Deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments. Insofern werden wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben.“ (Presse- und Informationsamt der deutschen Bundesregierung 2011)

Betrachtet man das Verhältnis von Politik bzw. Demokratie und Märkten, das dieser Aussage zugrunde liegt, so offenbart sich ein massives Machtungleichgewicht zugunsten letzterer: Politische Entscheidungsprozesse werden also vermeintlich objektiven Marktergebnissen untergeordnet. In diesem Artikel wird der Frage nachgegangen, in welchen Argumentationsmustern und metaphorischen Analogien der Markt oder Märkte in öffentlichen Reden von Angela Merkel verhandelt werden, bzw. inwieweit Krisenursachen sowie Begründungen der Krisenpolitik Referenzen auf Märkte aufweisen<sup>2</sup>. Ansätzen der kognitiven Metaphertheorie

<sup>2</sup> Die Frage, in welchem Ausmaß Merkels Politik von bestimmten ökonomischen Theorien oder wirtschaftspolitischen BeraterInnen beeinflusst wird, steht nicht im Zentrum dieses Beitrags. Es bestehen dennoch Hinweise, dass der explizite Fokus auf Staatsschulden in der Europäischen Krisenpolitik vor allem vor der Umsetzung des Fiskalpakts auf die einflussreichen Studien von Reinhart/Rogoff (2010) fußt. Deren zentrale Erkenntnis, dass eine Staatsverschuldung über 90% des BIP Wirtschaftswachstum dämpfen würde, hat sich zwar im Nachhinein als Excel-Kalkulationsfehler herausgestellt (Herndon et al. 2013). Merkel selbst, aber auch der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble und der Präsident der Deutschen Bundesbank, Jens Weidmann haben, sich allerdings mehrmals auf diese Studie als wissenschaftliche Grundlage von Sparpolitiken berufen (Pühringer 2015a). Krugman (2013) meint in diesem Kontext zum Einfluss dieser Studie: „Reinhart-

(CMT) folgend wird durch die Analyse zentraler Marktmeteraphoriken in politischen Reden ein Beitrag zum tieferen Verständnis der prägenden Denkmuster, die der europäischen Krisenpolitik zugrunde liegen, geleistet.

Der Artikel ist folgendermaßen aufgebaut. In Kapitel 1 folgt eine kurze Einführung in die CMT sowie eine theoretische Auseinandersetzung mit der Bedeutung politischer Sprache bzw. der spezifischen Sprache von PolitikerInnen als Ausdruck politischer und diskursiver Machtverhältnisse. In Kapitel 2 wird das methodische Vorgehen zur Analyse der Reden zur Krise von Angela Merkel gezeigt. In Kapitel drei werden die dominanten Krisennarrative und Erklärungsmuster der daraus gefolgerten wirtschaftspolitischen Schlüsse zur Bekämpfung der Krise dargestellt. In Kapitel 4 werden auf dieser Basis Marktnarrative und Marktanalogen sowie Merkels Unterscheidung zwischen der Logik des Marktes und der Rolle des Staates in der Krisenpolitik analysiert und daraus die drei prägenden konzeptuellen Marktmeteraphern in Merkel Reden abgeleitet. In Kapitel 5 erfolgt die Darstellung der wichtigsten Ergebnisse und ein abschließendes Resümee.

## *2 Das enge Verhältnis von Diskursmacht und politischer Macht und die Rolle politischer Sprache*

In Zeiten einer schweren Krise wie der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 widerspiegelt der Kampf um politische Macht auch einen Kampf um diskursive Macht zur Erklärung der Ursachen der Krise und der wirtschaftspolitischen Krisenmaßnahmen (Heinrich/Jessop 2014, Jessop/Heinrich 2013). Dieser Kampf um Diskurshegemonie über Krisennarrative findet auf verschiedenen Ebenen statt und besteht aus wissenschaftlichen Debatten über wirtschaftliche Ursachen und Folgen der Krise sowie den Debatten in den Massenmedien (Pilkington/Sinapi 2014). Durch die zentrale Rolle von Deutschland in der Europäischen Krisenpolitik, welche sich etwa in den Debatten über eine „Schuldenbremse“, bzw. später dem europäischen Fiskalpakt manifestiert, bietet eine Analy-

Rogoff may have had more immediate influence on public debate than any previous paper in the history of economics. The 90 percent claim was cited as the decisive argument for austerity.“

se von Merkels Reden über die Krise eine mögliche Erklärung für die Dominanz von Austeritätsmaßnahmen in Europa<sup>3</sup>.

Dazu wird in einem mehrstufigen Prozess eine Meta-Analyse von Argumentationsmustern, rhetorischen Strategien und metaphorischen Analogien im Kontext von „Märkten“ vorgenommen. Im Zentrum steht dabei die Analyse von Marktnarrativen und Marktmetaphern in Reden und Ansprachen von Merkel. Den theoretischen Rahmen bildet dabei die kognitive Metapherntheorie (CMT) von Lakoff/Johnson (1980, 1999; Kövecses 2008). CMT interpretiert Metaphern nicht als rhetorisches Element, sondern betont die Auswirkungen des Sprachgebrauchs in den Prozess der Realitätskonstruktion:

„Far from merely adding rhetorical flourish to pieces of information, metaphors are viewed as being ‘conceptual in nature’ and essential for the creation of social realities.“ (Musolff 2012:302)

Metaphern kombinieren in diesem Sinn abstrakte Denkweisen mit Sinneswahrnehmung und Erfahrungen des Körpers. Durch die Übertragung von einem Quellbereich auf einen Zielbereich kommt es auch zu einer Übertragung des inhaltlichen Bedeutungsgehalts der Aussage. So unterscheidet Lakoff (2002) Denklogiken amerikanischer Liberaler und Konservativer aufgrund ihrer politischen Sprache und der Verwendung spezifischer konzeptueller Metaphern. Deignan (2005, 2008) entwickelte einen Ansatz für die Analyse größerer Textkörper durch die Verbindung von CMT mit korpuslinguistischen Ansätzen. Seit McCloskey's (1983, 1985) einflussreicher Arbeit über die „rhetoric of economics“ gibt es zudem auch eine verstärkte Debatte über die Bedeutung von Sprache für wirtschaftliche Prozesse (Klamer/McCloskey 1992; Avsar 2014; O'Rourke 2014) wie auch für die ökonomische Methodik (Mäki 1988; Hardt 2014).

In Bezug auf die spezifische Sprache politischer EntscheidungsträgerInnen bieten Lockhart/Moellick (2013) einen umfassenden Überblick über Diskursstrategien mächtiger „Politische Frauen“ in den USA, wie Hillary Clinton oder Sarah Palin. Pennebaker/Lay (2002) stellen fest,

<sup>3</sup> Wendler (2012:1) stellte z.B. in einer Analyse von politischer Führerschaft in der EU fest: „Germany is arguably the most politically important euro-zone member and is widely perceived as the crucial decision-maker (...) for immediate crisis management.“

dass politische Sprache, insbesondere in Reden politischer EntscheidungsträgerInnen in Krisenzeiten, meist inklusiv ist, was sich u.a. in einem deutlich höheren Gebrauch von „wir“ als „ich“ manifestiert. Wodak et al. (1999, 160) sehen in der Wiederholung des Wortes „wir“ einen Prozess einer „persuasive linguistic device which helps invite identification and solidarity with the ‚we-group‘...“, die jedoch implizit eine Marginalisierung der „anderen“ ermöglicht. Die diskursive Abwertung südeuropäischer „Schuldenstaaten“, die sich auch in der Verwendung des Akronymes PIGS widerspiegelt, bei gleichzeitiger Betonung des „soliden Staatshaushalts“ Deutschlands (Sommer 2014) liefert hierzu empirische Evidenz.

Die Analyse politischer Sprache von politischen EntscheidungsträgerInnen ist daher von entscheidender Bedeutung für ein klareres Verständnis der diskursiven und politisch-ökonomischen Machtverhältnisse vor allem in Zeiten der (wirtschaftlichen) Krise. So stellte auch Hasan (1996, 34) fest:

„We not only use language to shape reality, but we use it also to defend that reality, against anyone whose alternative values might threaten ours.“

### 3 *Methodischer Rahmen und Forschungsdesign*

Die Analyse in diesem Artikel basiert auf einem Textkorpus von Reden und Ansprachen von Merkel vor zentralen wirtschaftlichen AkteurInnen. Das Sample der ausgewählten Texte besteht aus 32 Reden und Ansprachen mit ca. 300 Seiten im Zeitraum von 2008 bis 2014 (Tabelle 1). Für die Auswahl der Texte wurde in einem ersten Schritt das elektronische Archiv der deutschen Bundesregierung ([www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)) und eine Sammlung von Reden deutscher SpitzenpolitikerInnen (Barbesi 2013) mit einer standardisierten Abfrage nach den Schlagworten „Angela Merkel“ in Verbindung mit „Krise“ und „Wirtschaft“ untersucht. In einem zweiten Schritt wurden diese 150 Texte auf Reden reduziert, in denen sich Merkel direkt an WirtschaftsakteurInnen oder Wirtschaftsverbände wendet, um zu gewährleisten, dass hier grundlegende Argumentationsmuster zur Krise und zur Krisenpolitik zu Tage treten.

**Tabelle 1: Textkorpus analysierter Reden und Ansprachen Merkels**

<b>Publikum/Jahr*</b>	<b>Anzahl Textfragmente</b>	<b>Anzahl Dokumente</b>
World Economic Forum (WEF 2009; 2011)	22	4
Banken und Finanzinstitutionen (Finanz)	38	5
„Führungstreffen Wirtschaft“ (Führungstreffen 2010; 2011)	24	4
Deutscher Handwerkstag (Handwerkstag)	19	4
Empfang der Deutschen Industrie-und Handelskammer (IHK 2011a; 2011b; 2012; 2013)	22	5
Jahresempfang der deutschen Wirtschaft (Wirtschaft 2009, 2013)	16	2
„Tag der deutschen Industrie“ (Industrie 2013)	15	4
Andere (Banken 2010; 2011); (Bayrische Wirtschaft 2013)	22	4

\* Die Abkürzungen (mit Jahreszahlen) dienen im Text gleichzeitig als Quellenangaben zu den entsprechenden Zitationen von Angela Merkel. Links zu den Reden finden sich im Anhang.

Aus diesem Textkorpus wurden in Folge jene Textpassagen extrahiert, die Aussagen über die Krise oder Märkte beinhalten, um somit die Spannung zwischen der Logik des Marktes und der Rolle des Staates in der Krisenpolitik analysieren zu können. Das Ergebnis ist eine Liste von 178 de-kontextualisierten Textfragmenten, die zur Analyse der Krisen- und Marktnarrative und -metaphern der deutschen Kanzlerin herangezogen werden können. Spezifische Metaphern der Krise induzieren spezifische Empfehlungen zum Umgang mit der Krise. In diesem Artikel wird analysiert, wie und mit welchen konzeptuellen Metaphern bzw. metaphorischen Analogien Merkel die Krise beschreibt und interpretiert und insbesondere welche Rolle hierbei die Referenz auf Märkte bzw. der Verweis auf „funktionierende Marktmechanismen“ als Kernreferenzrahmen für die Dominanz von Austeritätsmaßnahmen in Deutschland und Europa spielt. Der explizite Fokus auf „Krisen-Reden“ von Angela Merkel fußt auf der Hypothese, dass hier ihre grundlegenden moralischen Konzepte für richtiges wirtschaftspolitisches Handeln untersucht werden können. Durch die hohe mediale Präsenz Merkels als „discourse leader“ im euro-

päischen Krisendiskurs nahm sie zudem großen Einfluss auf öffentliche Debatten über die europäische Krisenpolitik (Wendler 2012).

#### *4 Krisennarrative und deren Konsequenzen für die europäische Krisenpolitik*

Im Verlauf des hier untersuchten Zeitraums von 2008 bis 2014 kann gezeigt werden, dass es zu einer Reihe von Brüchen in den Reden von Angela Merkel wie auch in der öffentlichen Debatte zur Finanzkrise kam, die sich auch in ihrer Einschätzung der Rolle von Märkten für wirtschaftliche Prozesse manifestieren. Vor allem die erste Phase der Krisen-debatte unmittelbar nach dem Fall von Lehman Brothers im September 2008 ist geprägt von Kritik an „Exzessen auf den Finanzmärkten“. Auf realpoliti-scher Ebene finden daher die aktiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen von Konjunkturpaketen und in geringerem Ausmaß auch Bankenret-tungsprogrammen zunächst Zustimmung. Gleichzeitig ist allerdings in der medialen Debatte schon sehr früh eine diskursive Trennung der De-batte über die Finanz- und Wirtschaftskrise von einer Debatte zur Euro-oder Staatsschuldenkrise zu konstatieren, in der die unmittelbare Verbin-dung letzterer zu ersterer kaum reflektiert wird (Neubäumer 2011, Turo-wski/Mikfeld 2013).

Merkel betont indessen gerade vor dem Hintergrund expansionisti-scher Fiskalpolitik zu Beginn 2009, dass diese immer nur als „außerge-wöhnliche Maßnahmen“ in „außergewöhnlichen Situationen“ zu inter-pretieren seien, „Solidität“ und „Schuldenreduktion“ hingegen die wirt-schaftspolitischen Leitlinien bleiben müssten<sup>4</sup>:

„Das ist eine außergewöhnliche Situation, die wir überwinden müssen. Allerdings dürfen wir dabei die Nachhaltigkeit, den Schuldenabbau nicht vergessen.“ (Merkel in: Wirtschaft 2009)

<sup>4</sup> Die implizite Unterscheidung zwischen „normalen“ und „außergewöhnlichen“ Si-tuationen, aufgrund derer auch ihre jeweiligen Politikmaßnahmen begründet wer-den, sind auch charakteristisch für den Krisendiskurs von ÖkonomInnen in der öf-fentlichen medialen Debatte (Pühringer/Hirte 2015). In einer Keynote beim WEF Meeting in Davos meint Merkel dazu wörtlich: „Es handelt sich um eine außerge-wöhnliche Situation. Außergewöhnliche Situationen erfordern auch außergewöhnli-che Maßnahmen.“ (Merkel in: WEF 2009)

#### 4.1 Krisenursachen und Krisenfolgen

Die erste Argumentationslinie Merkels bezieht sich auf die Gründe für den Ausbruch der Krise primär in den USA. Insbesondere in den ersten Reden nach dem Ausbruch der Krise 2008 verortet Merkel die Ursachen der Krise in „Exzessen auf den Finanzmärkten“ bzw. in dem unverantwortlichen Verhalten einiger weniger MarktakteurInnen, wie etwa SpekulantInnen. Diese Personalisierung der Schuld bzw. auch die moralische Abwertung des wirtschaftlichen Handelns Einzelner diene gleichzeitig als Argumentationsgrundlage dafür, dass „Marktkräfte“ oder „Marktmechanismen“ nicht die Ursachen von Krisen sein könnten. So formulierte Merkel (WEF 2009) in einer Rede im Rahmen des WEF-Meetings in Davos 2009 fünf zentrale globale wirtschaftliche Herausforderungen. Die erste war dabei:

„Das Bekenntnis zu den Kräften der Märkte, zu einer Marktwirtschaft, die zweierlei leistet. Einerseits muss sie den Marktkräften den Spielraum lassen, sich frei und kraftvoll entfalten zu können. Das ist die Triebkraft des Wachstums. Das war sie vor der Krise. Das wird sie auch nach der Krise sein.“ (Merkel in: WEF 2009)

Das vor allem auch im öffentlichen medialen Diskurs weit rezipierte, wichtigste Krisennarrativ ist die Feststellung, dass einzelne AkteurInnen und insbesondere Staaten in der Vergangenheit – also vor der Krise - „über ihre Verhältnisse gelebt“ hätten (Sommer 2014):

„Die Schuldenkrise ist über Jahre entstanden, über einen sehr langen Zeitraum hinweg haben im Grunde fast alle Europäer über ihre Verhältnisse gelebt.“ (Merkel in: IHK 2011a).

Das Narrativ des „Über-die-Verhältnisse-Lebens“ als Wurzel der Krise kann dabei auf Merkels berühmte Metapher der „Schwäbischen Hausfrau“ zurückgeführt werden, die sie auf einem CDU-Parteitag in Stuttgart 2008 erstmals formuliert hatte. Diese Metapher wurde seither in verschiedenen Kontexten als moralische Argumentationsbasis für Austeritätspolitik verwendet (Pühringer 2015b).

Insbesondere im Zuge der Debatte über die Staatsschuldenkrise wurde mehrmals Kritik an Spekulationen bzw. auch der Rolle von Ratingagenturen als Krisenverstärker geübt, die eine nachhaltige ökonomische Entwicklung Europas gefährden würden. Während Merkel „unverantwortli-



ches Verhalten“ von SpekulantInnen ebenfalls kritisiert, betont sie dennoch auch die positiven Wirkungen, die von Spekulationen generell ausgehen könnten, da sie Staaten zwingen würden, den „Regeln des Marktes“ zu folgen. So vermerkt sie beim WEF-Meeting 2011:

„Ja, es geht auch um Spekulationen, aber diese Spekulationen haben eben auch einen realen Hintergrund, denn wir geben Anlass zu Spekulationen. Deshalb müssen wir diese Anlässe bekämpfen. Diese Anlässe liegen in der hohen Verschuldung einiger Länder, und sie liegen darin, dass das Vertrauen der Märkte darauf, dass diese Verschuldung mit der vorhandenen Wettbewerbskraft, mit der vorhandenen Wirtschaftskraft abgebaut werden kann, nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist.“  
(Merkel in: WEF 2011)

#### 4.2 *Wirtschaftspolitische Folgen der Krise*

Als Konsequenz der Narrative zu Ursachen und Folgen der Krise konzentriert sich Merkel in wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen auf die Schuldenreduktion bzw. weitergeführt dann auf die zentrale Herausforderung des Übergangs von einer „Schuldenunion“ zu einer „Stabilitätsunion“ auf europäischer Ebene. Schon 2009 manifestierte sich dies in den erfolgreichen Bemühungen zur Verabschiedung einer „Schuldenbremse“ in Deutschland, die oftmals als Startpunkt austeritärer Fiskalpolitik bezeichnet wird. Merkels Argumentationslinie, dass diese bindende Festlegung zukünftige interventionistische Konjunkturmaßnahmen verhindere und somit für einen Wiederaufbau des Vertrauens von FinanzmarktakteurInnen sorgen werde, wird indes von wichtigen deutschen politischen EntscheidungsträgerInnen geteilt (Farell/Quiggin 2012). So wunderte sich etwa der damalige Finanzminister Peer Steinbrück in einem Interview mit Newsweek (2008) im Zuge eines Treffens mit dem britischen Premierminister Gordon Brown:

„The same people who would never touch deficit spending are now tossing around billions. The switch from decades of supply-side politics all the way to a crass Keynesianism is breathtaking.“

Die deutsche Regierung positionierte sich damit auch klar gegen die keynesianisch-orientierte ökonomische Kritik an der Schuldenbremse, wo-

nach dadurch „die gesamtwirtschaftliche Stabilität und die Zukunft unserer Kinder“ gefährdet würde (Bofinger/Horn 2009).

Vielmehr sprach Merkel von der Schuldenbremse als leuchtendes Beispiel deutscher „Stabilitätskultur“, die einen Mechanismus der wirtschaftspolitischen „Selbstkonditionierung“<sup>5</sup> hervorrufen solle:

„Wir haben uns daher (...) die Schuldenbremse ins Grundgesetz geschrieben, damit wir keine Ausreden mehr finden.“ (Merkel in: IHK 2013).

Die deutsche Schuldenbremse diente Merkel in Folge als Musterbeispiel in ihrem Bemühen einer Forcierung einer europäischen Kultur der Solidität und Stabilität und führte zur Unterzeichnung des Europäischen Fiskalpakts 2012. Der konkrete Inhalt des Fiskalpakts, wie die Festlegung eines maximalen strukturellen Defizits von 0,5% des BIPs durch die EU-Kommissionen sowie die automatischen Sanktionsmechanismen bei Überschreitung dieses und die umgekehrte qualifizierte Mehrheit zur Verhinderung von Sanktionen, führen zu einer drastischen Einengung politischer Entscheidungsmöglichkeiten und einer Machtverschiebung zwischen Legislative und Exekutive, insbesondere zur EU-Kommission (Truger/Will 2012; Oberndorfer 2012). Der Fiskalpakt kann damit als postdemokratische Entwicklung einer Unterordnung politischer Entscheidungsfindungsprozesse unter scheinbare ökonomische Sachzwänge interpretiert werden (Pühringer/Plaimer 2013).

Merkel selbst drückte die Intention einer Superiorität von „Marktkräften“ gegenüber politischen Entscheidungsprozessen im Rahmen einer schon eingangs erwähnten Pressekonferenz im Dezember 2011 mit einem Verweis auf die Notwendigkeit einer „marktkonformen Demokratie“ hingegen explizit aus.

<sup>5</sup> So konstatiert Merkel (Wirtschaft 2013) beim Jahresempfang der Wirtschaft 2013: „Deshalb haben wir jetzt die Schuldenbremse im Grundgesetz, um uns selbst sozusagen zu konditionieren.“

## 5 Marktlogik in der europäischen Krisenpolitik

### 5.1 Die Bedeutung von Marktnarrativen für wirtschaftspolitische Maßnahmen

Das aus den Argumentationsmustern zur Krise und zur Krisenpolitik hervorgehende zentrale Anliegen Merkels ist, das Vertrauen in Marktkräfte wiederherzustellen, was auf der Grundvorstellung einer Überlegenheit von Marktmechanismen über (aktive) wirtschaftspolitische Maßnahmen beruht. Daher werden in diesem Kapitel in einem ersten Schritt konkrete Marktnarrative in der Begründung krisenpolitischer Maßnahmen bzw. Einschätzungen zu Krisenentwicklungen analysiert, um dann in einem zweiten Schritt Marktmetaphern in der Krisenpolitik von Angela Merkel darzustellen. Zusammenfassend konnten im ersten Schritt in der Untersuchung von Marktanalogen in Merkels Reden vier teilweise überlappende Marktnarrative identifiziert werden.

*Erstes Narrativ* ist das für fast die gesamte deutsche Nachkriegsdebatte einflussreiche ordoliberalere Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“. Der Term „Soziale Marktwirtschaft“ geht auf den deutschen Ökonom Alfred Müller-Armack zurück und wurde zunächst von Ludwig Erhard, später auch von anderen politischen AkteurInnen in unterschiedlichen Bedeutungsdimensionen als wirtschaftspolitische Grundorientierung verwendet (Ptak 2004)<sup>6</sup>. Die Referenz auf den Term „Soziale Marktwirtschaft“ sowie das wirtschaftspolitische Konzept einer Aufgabenteilung zwischen dem Staat als Rahmensetzer (Ordnungspolitik) und freien Märkten innerhalb dieser Rahmenbedingungen (Verzicht auf Prozesspolitik) sind zentral für Merkels wirtschaftspolitische Grundüberzeugung. Merkel bezeichnet sich selbst als „glühende Verfechterin“ der Sozialen Marktwirtschaft (Wirtschaft 2009) und stellt fest, dass die Politik zwar die „Leitplanken für die Wirtschaft“ setzen müsse, dabei aber nicht in den wirtschaftlichen Prozess an sich eingreifen dürfe. Auf dieser Überzeugung fußt etwa auch die folgende Feststellung:

<sup>6</sup> Auch wenn der Ordoliberalismus als theoretisches Konzept weitestgehend marginalisiert wurde, üben ordoliberalere Ansätze, bzw. in ordoliberalen Netzwerken organisierte ÖkonomInnen in der ökonomischen Politikberatung bis heute großen Einfluss aus (Ötsch/Pühringer 2015). Dullien/Guérot (2012) sprechen mit Bezug auf die deutsche Krisenpolitik auch von einem „long shadow of ordoliberalism“.

„(Ich) bin froh über den Tag, an dem das alles mit den Marktkräften wieder von alleine funktioniert.“ (Merkel in: Wirtschaft 2009)

Die hier ausgedrückte Überzeugung beschreibt Thomasberger (2009) als „Planung für den Markt“, als eine der theoretischen Grundvoraussetzungen eines neoliberalen Politikverständnisses. Auf realpolitischer Ebene zeigt sich der Einfluss ordoliberaler Konzeptionen etwa in der deutschen Schuldenbremse und dem späteren Europäischen Fiskalpakt, in der sich politische Entscheidungen ebenfalls im Festschreiben von wirtschaftspolitischen Grundregeln manifestieren.

*Das zweite prägende Marktnarrativ* ist die Betonung der „Freiheit der Märkte/Marktkräfte“ innerhalb eines ordoliberalen Rahmens. Der Einsatz für freie Märkte und freiheitliche Rahmenbedingungen des Wirtschaftens fokussiert dabei vor allem auf die Rolle des „freien Unternehmers“ als die einzige Quelle wirtschaftlichen Aufschwungs. In Bezug auf die Frage, wie inmitten der Krise Wirtschaftswachstum generiert werden könne, lehnte Merkel (Wirtschaft 2013) staatliche Interventionen aufgrund ihrer schuldensteigernden Wirkung dezidiert ab. Vielmehr stellte sie explizit fest:

„Ich besinne mich auf die Kräfte in einer Gesellschaft, die Wachstum kreieren können; und das sind Unternehmen“ (Merkel in: Wirtschaft 2013)

Der Politik komme in diesem Kontext die Aufgabe zu, die Grundlagen für „möglichst freiheitliche Rahmenbedingungen“ zu legen, wobei sich der Verzicht auf Interventionen in mehrfacher Hinsicht positiv auswirke:

„Wir bekommen mehr Steuereinnahmen in den Staatssäckel, wenn wir keine Irritationen im Wirtschaftsbereich verursachen. Wer hingegen komplette Irritationen verursacht, nimmt letztlich nur Attentismus oder weniger Wachstum in Kauf.“ (Merkel in: Industrie 2013)

*Das dritte Marktnarrativ* bei Merkel ist das Verständnis von Märkten bzw. dem Marktmechanismus als ein regulierendes System für wirtschaftliches Handeln, welches von ihr auch nach der Krise verwendet wird, d.h., die wiederholte Referenz auf scheinbar objektive Marktmechanismen wurde in verschiedenen Zusammenhängen als Begründung bestimmter krisenpolitischer Maßnahmen verwendet. Der Verweis auf die Überlegenheit von Marktmechanismen gegenüber politischen Maß-

nahmen diene in Verbindung mit der Krisenerklärung eines „Über-die-Verhältnisse-lebens“ als Wurzel der Krise als Argumentationsgrundlage gegen die Interpretation der Krise als einer Krise des Kapitalismus bzw. der Marktwirtschaft. Die Superiorität des Marktmechanismus manifestiert sich in der oftmals vorgebrachten Argumentation, (Finanz-)Märkte müssten beruhigt werden, was einerseits zu der Forderung nach einer berechenbaren Politik im Sinne der Schuldenbremsen führt, andererseits aber dadurch auch die Begründung für die Durchsetzung von Austeritätsmaßnahmen ist. Merkel stellt dazu auch eindringlich fest, dass auch in Zeiten der Krise es unerlässlich sei, dass „wir die Marktkräfte nicht völlig verzerren“ (Merkel in: WEF 2009). Basierend auf der starken Überzeugung einer quasi-automatischen Überlegenheit der Marktkräfte formuliert Merkel auch die „Rückeroberung von Vertrauen“ als zentrale zukünftige Herausforderung wirtschaftspolitischen Handelns. Dafür würde man

„...viele Schritte brauchen, um das (Vertrauen, Anm. SP) wiederherzustellen, was die Märkte am Beginn der Einführung des Euro (...) dem Euro entgegenbrachten.“ (Merkel in: Handwerk 2012)

In derselben Rede beim deutschen Handwerktag stellt Merkel weiter fest:

„Auf den Märkten ist ein Stück Vertrauen verloren gegangen.“ (Merkel in: Handwerk 2012)

*Das vierte Marktnarrativ* in Merkels Reden insbesondere in Bezug auf dessen unmittelbare Bedeutung für die Europäische Krisenpolitik ist die Zuschreibung des „Marktes als Richter“ und somit eine disziplinierende Funktion des Marktes. Anhand einzelner wirtschaftspolitischer Entscheidungsprozesse vor allem auf EU-Ebene kann aufgezeigt werden, dass FinanzmarktakteurInnen (etwa Rating-Agenturen oder teilweise SpekulantInnen) bzw. auch Finanzmärkte an sich mit diskursiver, gleichzeitig aber auch politischer Macht (etwa im Zuge des Fiskalpakts) ausgestattet werden, um zu hohe Staatsschulden oder mangelnde Sparanstrengungen mit Bonitäts-Herabstufungen zu sanktionieren (Pühringer 2015b). Diese Machtverschiebung von Entscheidungsgewalt zu Rating Agenturen oder dem (Finanz-)Markt manifestiert sich besonders klar in dem Verweis, „dass Europa Schwächen hat und (...) die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten insbesondere der Eurozone von den Märkten un-

terschiedlich beurteilt wird.“ (Merkel, IHK 2011b). Merkel betont dabei die „disziplinierende Funktion“, die von Märkten ausgehen sollte, was als eine Vorstellung von Märkten als „ultimative Richter“ für wirtschaftspolitisches Handeln bzw. Ratings als konkrete Politikevaluierung auf den Märkten zu interpretieren ist. Merkel stellte in diesem Kontext fest:

„Wir sind alle der Meinung (...), dass Marktmechanismen, sprich: zum Beispiel unterschiedliche Zinssätze, auch disziplinieren können.“  
(Merkel in: Führungstreffen 2010)

Ähnlich meinte sie auch in einer Ansprache anlässlich des XIX. Deutschen Bankentags des Bundesverbands deutscher Banken 2011:

„Dabei brauchen wir Marktdisziplin als Teil der marktwirtschaftlichen Mechanismen.“ (Merkel in: Banken 2011)

## 5.2 Konzeptuelle Marktmetaphern in Merkels Krisen- und Marktnarrativen

Merkels wiederholt geäußerte Selbstdefinition als Vertreterin freier Märkte innerhalb des Ordnungsrahmens der Sozialen Marktwirtschaft geht meist mit einer euphemistischen Darstellung von Märkten unter Verwendung positiver Marktalogien in Krisen- und Marktnarrativen sowie Marktmetaphoriken einher. Nach der vorangegangene Analyse spezifischer Krisenerklärungen und deren Folgen für Krisenpolitik werden abschließend die Ergebnisse der Analyse konzeptioneller Metaphern nach der kognitiven Metapherntheorie dargestellt. Insgesamt konnten hier drei Hauptgruppen von konzeptionellen Metaphern in Krisen- und Marktnarrativen der deutschen Kanzlerin identifiziert werden.

**Tabelle 2: Konzeptionelle Marktmetaphern in Merkels Krisen- und Marktnarrativen**

<b>Konzeptionelle Marktmetaphern</b>	<b>Vorannahmen</b>	<b>Wirtschaftspolitische Folgen</b>	<b>Beispiel</b>
Märkte als menschliche Wesen	Anthropomorphismus und Personalisierung	Man muss vorsichtig mit Märkten umgehen, darf sie nicht verärgern/beunruhigen; Poli-	„wie Märkte reagieren“ „die Märkte kurz-

		<p>tik muss berechenbar sein (Fiskalpakt); Markt kann bindende Entscheidung treffen (als „Richter“ agieren); Man muss Märkten vertrauen</p>	<p>fristig <i>beruhigt</i> sind“                  „wir müssen Märkte <i>überzeugen</i>“</p>
<p>„Natürliche“ und „vitale“ Märkte/ Marktkräfte</p>	<p>Märkte sind wie Naturkräfte und sorgen für Vitalität und Prosperität</p>	<p>Nur Märkte/MarktakteurInnen können Wachstum induzieren; Politik muss Marktkräfte pflegen; Aktives wirtschaftspolitischen Handeln gefährdet „natürliches Wachstum“</p>	<p>„damit sich Marktkräfte <i>entfalten</i> können“                  „Marktkräfte (...) sich frei und <i>kraftvoll</i> entfalten können. Das ist die <i>Triebkraft</i> des Wachstums“.</p>
<p>Märkte als „funktionierende Maschinen“</p>	<p>Mechanistische Vorstellung von Markprozessen</p>	<p>Klare, kausale Wirkungszusammenhänge; Selbstregulierungsmechanismen dürfen nicht behindert werden; Krisenpolitik muss Marktmechanik wieder in Gang setzen und schützen</p>	<p>„dass <i>Marktmechanismen</i> nicht völlig <i>ausgeschaltet</i> werden“                  „das <i>Funktionieren</i> von Märkten“</p>

Die *erste* konzeptuelle Marktmetapher in Merkels Krisen- und Marktnarrativen ist eine Personalisierung von Märkten. Im Zuge dessen werden Märkten, insbesondere wiederum Finanzmärkten, menschliche Eigenschaften zugeschrieben („die Märkte reagieren“ – in: Führungstreffen 2011, „wir müssen die Märkte überzeugen“ – in: IHK 2012), PolitikerInnen wiederum sind verantwortlich, „marktberuhigend“ zu wirken. Anthropomorphismus von (Finanz-)Märkten offenbart ein Verständnis von Märkten als eigenständige und unabhängige und zugleich bedeutsame AkteurInnen, die man nicht beunruhigen sollte bzw. deren Unmut man nicht auf sich ziehen sollte (Ötsch 2009). Personalisierung von Märkten hat zudem eine zunehmende Moralisierung der Krisendebatte zur Folge, insbesondere in der Auseinandersetzung um Staatsschulden in Europa. Die Forderungen von Merkel nach einem Wiederaufbau von Vertrauen in Märkte und Marktkräfte führte im Anschluss daran auch zu der Forderung nach einer „berechenbaren Politik“, was sich wirtschaftspolitisch in den automatischen Sanktions- und Korrekturmechanismen sowie der in-

tendierten Einschreibung der Schuldenbremsen in Verfassungsrang widerspiegelt.

Die *zweite* bedeutende konzeptuelle Marktmetapher sind natürliche und vitale Zuschreibungen zu Märkten bzw. den *Marktkräften* an sich. Merkel beschreibt Marktkräfte, die für sie teilweise ein Synonym für UnternehmerInnen als zentrale MarktakteurInnen darstellen, als „stark“ und „kraftvoll“ (z.B. Merkel in: WEF 2009) oder als die „eigentliche *Triebfeder* des *Wachstums*“ (Merkel in: Bayrische Wirtschaft 2013); ähnlich dazu: „eine Ordnung herauszuarbeiten, in der die *Marktkräfte natürlich* die *vorantreibenden Kräfte* sind“, Merkel in: Banken 2010).

Metaphern aus der Natur oder der Biologie bzw. die Zuschreibung damit verbundener Eigenschaften auf Märkte fungieren in diesem Zusammenhang als Argumentationsgrundlage für eine Ablehnung aktiver staatlicher Interventionen in den Wirtschaftsprozess sowie zu weit reichende regulatorische Bestimmungen. Daher steht auch der Schutz bzw. die Unterstützung der Marktkräfte und damit auch der Unternehmer als „gesellschaftliche Kräfte“ im Vordergrund, da lediglich diese wirtschaftliche Prosperität und Wachstum generieren könnten. Der „Schutz der Marktkräfte“ verlangt in dieser Denklogik eine sorgfältige Politik, um zu verhindern, dass „wir dann den Ast absägen, auf dem wir sitzen“ (Merkel, Wirtschaft 2013).

Als *dritte* Gruppe von Marktmetaphern können in Merkels Krisen- und Marktnarrativen mechanistische Metaphern identifiziert werden. Schon die oftmalige Referenz auf Marktmechanismen an sich als ein selbstregulierendes System von Marktkräften forciert eine Abwertung aktiver wirtschaftspolitischer Maßnahmen zugunsten einer funktionierenden Marktordnung („Ich) bin froh über den Tag, an dem das alles mit den Marktkräften wieder von alleine funktioniert. Je schneller, desto besser“, Merkel in: Wirtschaft 2009). Auch wenn Merkel als Vertreterin des ordoliberalen Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft einen „ungezügelter Kapitalismus“ (Merkel in: WEF 2009) ablehnt, wird durch die diskursive Gleichsetzung von Marktkräften mit mechanischen Naturgesetzen, die dieser Gruppe von Marktmetaphern zugrunde liegt, der Marktmechanismus als „funktionierende Maschine“ verstanden (Swedberg 1994, Mirowski 2002). So fordert Merkel in Bezug auf politische Entscheidungen in der Krise:



„... (es) ist natürlich darauf zu achten, dass Marktmechanismen nicht völlig ausgeschaltet werden, dass es nicht einen Währungsraum von verschiedenen (...) Ländern gibt, in dem Marktmechanismen überhaupt keine Rolle mehr spielen.“ (Merkel in: Führungstreffen 2010).

Die Maschine des Marktes wieder in Gang zu setzen und auch zu halten – also damit auch für den Markt zu planen (Thomasberger 2009) – wird damit als wirtschaftspolitische Kernaufgabe verstanden.

## 6 Fazit

In diesem Beitrag erfolgte eine Analyse von Merkels Krisen- und Marktnarrativen in Reden und Ansprachen vor wirtschaftspolitischen EntscheidungsträgerInnen zu Themen ökonomischer Krisen und der europäischen oder deutschen Krisenpolitik. Dabei wurden drei zentrale Gruppen von konzeptuellen Marktmotaphern aufgezeigt, die Merkels Denken über Wirtschaft, bzw. das Zusammenwirken von Staat, Politik und Wirtschaft bestimmen. Einerseits versteht sich Merkel in der Nachfolge von Ludwig Erhard als „glühende Verfechterin“ des ordoliberalen Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft und betont die Notwendigkeit einer Regulierung und Eindämmung von „Exzessen“ auf den (Finanz)Märkten. Andererseits werden in ihren Reden Märkte bzw. Marktkräfte mit menschlichen wie auch natürlichen und vitalen Eigenschaften charakterisiert und UnternehmerInnen als die „eigentliche Triebkraft des Wachstums“ (Merkel, Bayrische Wirtschaft 2013) verstanden. Durch die durchgängig euphemistische Darstellung von Marktkräften und Marktmechanismen unterlässt Merkel es „Marktergebnisse“, also etwa Verteilungsfragen bzw. die Konzentration wirtschaftlicher Macht bei einflussreichen Eliten zu thematisieren. Mehr noch ist es in Merkels Denklogik von Marktkräften als einzig denkbarer Quelle ökonomischer Prosperität unmöglich, in Marktprozessen bzw. im Kapitalismus als sozialer Ordnungsform Krisenursachen zu verorten. Die möglichst rasche Wiederherstellung der Marktordnung bzw. –mechanik und des Vertrauens in diese wird als primäre wirtschaftspolitische Aufgabe gesehen. Als prägende Krisennarrative und somit als Erklärungsansätze für die Persistenz der Krise fungieren somit moralische Verfehlungen wie das „Über-die-Verhältnisse-Leben“, was sich insbesondere in der Moralisierung der Debatte um Staatsschulden manifestiert. In Verbindung mit der oftmals geäußerten Überzeugung ei-

ner Überlegenheit des Marktmechanismus gegenüber aktiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen kann dies als die zentrale Argumentationsgrundlage für den exklusiven Fokus auf austeritäre Krisenpolitiken innerhalb der EU verstanden werden.

### *Literatur*

- Avsar, R.B. (2014): 'Financialization' of public discourse: the case of AIG, in: *On the Horizon*, Vol. 22, No. 4, S. 239–244.
- Barbesi, A. (2013): Deutsche Politische Reden Korpus. URL: <http://perso.ens-lyon.fr/adrien.barbaresi/corpora/BR/uebersicht.html> (dl: 12.4.2014)
- Bofinger, P., Horn, G.A. (2009): Die Schuldenbremse gefährdet die gesamtwirtschaftliche Stabilität und die Zukunft unserer Kinder, URL: [www.boeckler.de/pdf/imk\\_appell\\_schuldenbremse.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/imk_appell_schuldenbremse.pdf) (dl: 12.3. 2014)
- Deignan, A. (2005): *Metaphor and Corpus Linguistics*, John Benjamins, Amsterdam
- Deignan, A. (2008): Corpus linguistic data and conceptual metaphor theory, in Zanotto, M.S./Cameron, L./Cavalcanti, M. (eds.), *Confronting Metaphor in Use: An applied linguistic approach*, John Benjamins, Amsterdam, S. 149–162
- Dullien, S., Guerot, U. (2012): *The long shadow of Ordoliberalism: Germany's Approach to the Euro Crisis*, Policy Brief, London, European Council on Foreign Relations
- Farrell, H., Quiggin, J. (2011): *Consensus, Dissensus and Economic Ideas: The Rise and Fall of Keynesianism During the Economic Crisis*, RSMG Working Paper Series P11\_2, The University of Queensland
- Hardt, L. (2014): Metaphors as research tools in economics, in: *On the Horizon*, Vol. 22, No. 4, S. 256 – 264
- Hasan, R. (1996): What Kind of Resource is Language?, in Cloran, C., Butt, D., Williams, G. (eds), *Ways of Saying, Ways of Meaning: Selected Papers of Ruqaiya Hasan*, London
- Heinrich, M., Jessop, B. (2014): Interpretations of the EU crisis and their policy implementation, in: Jessop, B./Young, B./Scherrer, C. (Eds.), *Cultures of finance and crisis dynamics*, London, S. 278-283
- Herndon, T., Ash, M., Pollin, R. (2013): *Does High Public Debt Consistently Stifle Economic Growth*. Working Paper Series, No. 322, University of Massachusetts

- Jessop, B., Heinrich, M. (2013): Die EU Krise aus Sicht einer kulturellen Politischen Ökonomie: Krisendeutungen und ihre Umsetzung, in: Das Argument, Vol. 55, No. 1-2, S. 19-33.
- Klamer, A., McCloskey, D. (1992): Accounting as the master metaphor of economics, in: European Accounting Review, Vol. 1 No. 1, S. 145-160.
- Kövecses, Z. (2008): Conceptual metaphor theory. Some criticisms and alternative proposals, in: Annual Review of Cognitive Linguistics, Vol 6, S. 168–184.
- Krugman, P. (2013): How the Case for Austerity Has Crumbled. New York Review of Books, 6.6.2013. URL: <http://www.nybooks.com/articles/archives/2013/jun/06/how-case-austerity-has-crumbled/> (dl: 12.12.2014)
- Lakoff, G. (2002): Moral Politics. How Liberals and Conservatives Think, , Chicago and London
- Lakoff, G., Johnson, M. (1980): Metaphors we live by, Chicago
- Lakoff, G., Johnson, M. (1999): Philosophy In The Flesh: the Embodied Mind and its Challenge to Western Thought, New York
- Lockhart, M., Mollick, K. (2013): Political Women. Language and Leadership, Lanham
- Mäki, U. (1988): How to combine rhetoric and realism in the methodology of economics, in: Economics and Philosophy, Vol. 4 No. 1, 89-109.
- Mathieu, C., Sterdyniak, H. (2010): European Debt Crisis and Fiscal Exit Strategies. Documents de Travail de l'OFCE 2010-11, Observatoire Francais des Conjonctures Economiques (OFCE).
- McCloskey, D. (1983): The rhetoric of economics, in: Journal of Economic Literature, Vol. 21, No. 2, S. 481-517
- McCloskey, D. (1985): The Rhetoric of Economics, Madison, WI
- Mirowski, P. (1991): More Heat Than Light: Economics as Social Physics, Physics as Nature's Economics, Cambridge
- Mirowski, P. (2002): Machine Dreams. Economics becomes a cyborg science, Cambridge
- Musolff, A. (2012): Cultural differences in the understanding of the metaphor of the 'Body Politic', in: Kleinke, S., Kövecses, Z., Musolff, A., Szelid, V. (Ed.), Cognition and Culture, ELTE University Publishers, Budapest, S. 143-151
- Neubäumer, R. (2011): Eurokrise: Keine Staatsschuldenkrise, sondern Folge der Finanzkrise, in: Wirtschaftsdienst, Vol. 91, No. 12, S. 827-833
- Newsweek (2008): Peer Steinbrück on the Global Economic Crisis, Newsweek vom 12.6.2008, URL: <http://www.newsweek.com/peer-steinbruck-global-economic-crisis-83363> (dl: 12.12.2014)

- O'Rourke, B.K. (2014): Learning from interacting: language, economics and the entrepreneur, in: *On the Horizon*, Vol. 22, No. 4, S. 245 - 255
- Oberndorfer, L. (2012): Der Fiskalpakt – Umgehung der ‚europäischen Verfassung‘ und Durchbrechung demokratischer Verfahren?, in: *Juridikum* 2/2012, S. 168-181
- Ötsch, W.O. (2009): *Mythos Markt*, Marburg
- Ötsch, W.O., Pühringer, S. (2015): Wirtschaftswissenschaften und ihre Netzwerke in Deutschland ab 1945 – Marktradikalismus als politische Ökonomie, in: Heise, A. et al. (Hg.), *ÖkonomInnen und Ökonomie: Eine wissenschaftssoziologische Entwicklungsanalyse zum Verhältnis von ÖkonomInnen und Ökonomie im deutschsprachigen Raum ab 1945. Projektabschlussbericht für die Hans-Böckler-Stiftung*.
- Pennebaker, J., Lay, T. (2002): Language Use and Personality During Crises: Analyses of Mayor Rudolph Giuliani's Press Conferences, in: *Journal of Research in Personality*, Vol. 36, No.3, S. 271–282
- Pilkington, M., Sinapi, C. (2014): Crisis perception in financial media discourse: a concrete application using the Minskian/mainstream opposition, in: *On the Horizon*, Vol. 22, No.4, S. 280–296
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2011): *Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel vom 1.9.2011*
- Ptak, R. (2004): *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland*. Opladen.
- Pühringer, S. (2015a): *Kontinuitäten neoliberaler Wirtschaftspolitik. Die Austeritätsdebatte als Spiegelbild diskursiver Machtverwerfungen innerhalb der Ökonomik*. ICAE Working Paper Series 30. University of Linz.
- Pühringer, S. (2015b): ‚Harte‘ Sanktionen für ‚budgetpolitische Sünder‘. Diskursanalytische Aufarbeitung der Argumentationsmuster für den Fiskalpakt in meinungsbildenden österreichischen Medien, in: *Momentum Quarterly* 4(1), S. 23-41.
- Pühringer, S., Hirte, K. (2015): The financial crisis as a heart attack: Discourse profiles of economists in the financial crisis, in: *Journal of Language & Politics* 14(4), S. 599-625.
- Pühringer, S., Plaimer, W. (2013): *Der Fiskalpakt und seine Implementation in Österreich*, ICAE Working Paper Series 13. University of Linz.
- Reinhart, C.M., Rogoff, K. S. (2010): Growth in a Time of Debt, in: *American Economic Review*, Vol. 100, No. 2, S. 573-578.
- Sommer, M. (2014): *European Crisis Discourses: the case of Germany*, in Murray-Leach, T. (Hg.): *Crisis Discourses in Europe. Media EU-phemisms and Alternative Narratives*, Civil Society and Human Security Research Unit at the London School of Economics and Political Science, URL:

<http://www.gcsknowledgebase.org/europe/files/2014/07/CrisisDiscoursesInEurope.pdf> (dl: 12.12.2014), S. 11-15

- Starkman, D. (2009): Power Problem: The Business Press Did Everything But Take on the Institutions That Brought Down the Financial System, in: *Colombia Journalism Review*, Vol. 48, No. 1, S. 24-30
- Swedberg, R. (1994), Markets as social structures, in: Smelser, N., Swedberg, R. (Eds): *Handbook of Economic Sociology*, New York and Princeton, S. 255-282.
- Thomasberger, C. (2009): 'Planung für den Markt' versus 'Planung für die Freiheit': zu den stillschweigenden Voraussetzungen des Neoliberalismus, in: Thomasberger, C., Ötsch, W. (Eds.), *Der neoliberale Marktdiskurs - Ursprünge, Geschichte, Wirkungen*, Marburg, S. 63-96
- Truger, A., Will, H. (2012): The German 'debt brake' – a shining example for European fiscal policy?, Working paper No.15/2012, Institute for International Political Economy, Berlin
- Turowski, J., Mikfeld, B. (2013): *Gesellschaftlicher Wandel und politische Diskurse. Überlegungen für eine strategieorientierte Diskursanalyse*, Werkbericht 3, Denkwerk Demokratie, Berlin
- Wendler, F. (2012): Debating the European Debt Crisis, ACES Cases, No. 2012.3, American Consortium for European Union Studies, Washington D.C.
- Wodak, R., De Cilla, R., Reisigl, M. (1999), The discursive construction of national identities, in: *Discourse & Society*, Vol. 10. No. 2, S. 149-173.

#### *Anhang: Zitierte Quellen zu den Reden von Angela Merkel*

- Banken (2010): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der internationalen Finanzmarktkonferenz im Bundesfinanzministerium am 20.05.2010. <http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Reden/2010/05/2010-05-20-finanzmarkt.html> (dl: 24.06.2015)
- Banken (2011): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des XIX. Deutschen Bankentags des Bundesverbands deutscher Banken am 31.03.2011. [http://www.bundesregierung.de/nn\\_1498/Content/DE/Rede/2011/03/2011-03-31-merkel-bankentag,layoutVariant=Druckansicht.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1498/Content/DE/Rede/2011/03/2011-03-31-merkel-bankentag,layoutVariant=Druckansicht.html) (dl: 24.06.2015)
- Bayrische Wirtschaft (2013): Rede von Bundeskanzlerin Merkel beim 34. Bayerischen Wirtschaftsgespräch der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft am 09.07.2013. <https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/>

DE/Archiv17/Reden/2013/07/2013-07-09-merkel-bayerisches-wirtschaftsgespraech. html (dl: 24.06.2015)

Führungstreffen (2010): Rede von Bundeskanzlerin Merkel anlässlich des Führungstreffens Wirtschaft 2010 am 25.11.2010. <http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Reden/2010/11/2010-11-25-merkel-fuehrungstreffen-wirtschaft.html> (dl: 24.06.2015)

Führungstreffen (2011): Rede von Bundeskanzlerin Merkel anlässlich des Führungstreffens Wirtschaft 2011 am 17.11.2011. <http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Reden/2011/11/2011-11-17-merkel-sz.html> (dl: 24.06.2015)

IHK (2011a): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des Deutschen Handwerkstages am 16.09.2011. <https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Reden/2011/09/2011-09-16-handwerkstag.html> (dl: 24.06.2015)

IHK (2011b): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des Neujahrsempfangs der IHK Magdeburg am 05.01.2011. <http://adrien.barbaresi.eu/corpora/speeches/BR/t/1685.html> (dl: 24.06.2015)

IHK (2012): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des IHK-Jahresempfangs in Düsseldorf am 09.01.2012. <https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Reden/2012/01/2012-01-10-merkel-ihk-jahresempfang.html> (dl: 24.06.2015)

IHK (2013): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Industrie- und Handelskammer am 13.06.2013. <http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Reden/2013/06/2013-06-12-merkel-ihk.html> (dl: 24.06.2015)

Industrie (2013): Rede von Bundeskanzlerin Merkel beim „Tag der Deutschen Industrie 2013“ am 11.06.2013 in Berlin. <https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Reden/2013/06/2013-06-11-rede-bdi.html> (dl: 24.06.2015)

WEF (2009): Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 30.01.2009. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2009/01/14-3-bk-davos.html> (dl: 24.06.2015)

WEF (2011): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des Jahrestreffens 2011 des World Economic Forum am 28.01.2011. <http://www.bundeskanzlerin.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Reden/2011/01/2011-01-28-davos.html> (dl: 24.06.2015)

Wirtschaft (2009): Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem Jahresempfang der Wirtschaft Rheinhessens am 23. Januar 2009 in Mainz.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2009/01/08-2-bk-rheinessen.html> (dl: 24.06.2015)

Wirtschaft (2013): Rede von Bundeskanzlerin Merkel beim Jahresempfang der Wirtschaft am 18. Februar 2013 in Mainz.  
<http://www.bundestkanzlerin.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Reden/2013/02/2013-02-19-ihk.html> (dl: 24.06.2015)